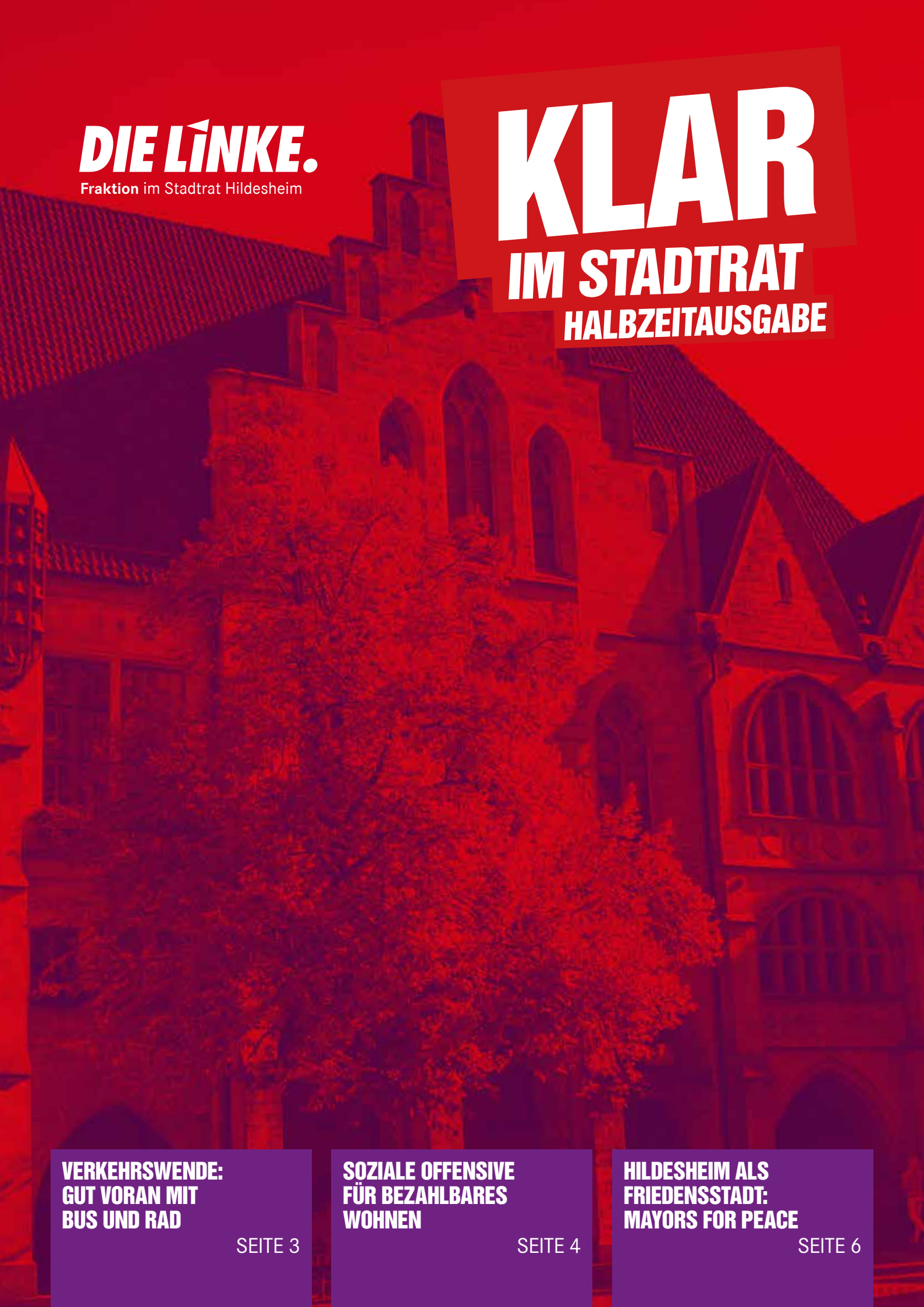




DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Hildesheim

KLAR

IM STADTRAT

HALBZEITAUSSGABE

**VERKEHRSWENDE:
GUT VORAN MIT
BUS UND RAD**

SEITE 3

**SOZIALE OFFENSIVE
FÜR BEZAHLBARES
WOHNEN**

SEITE 4

**HILDESHEIM ALS
FRIEDENSTADT:
MAYORS FOR PEACE**

SEITE 6



Wir meinen, dass gute Lebensqualität für alle nur mit Daseinsvorsorge in öffentlicher Verantwortung erreichbar ist. Ein gutes Miteinander als Menschen und verantwortlicher Umgang mit der Natur sind unsere Ziele. Letztlich geht es dabei um den sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft. Deshalb vergessen wir beim Einsatz für Verbesserungen im Einzelnen nie die Möglichkeit eines guten Lebens in einer gerechten Welt. Der Kapitalismus darf nicht das Ende der menschlichen Geschichte sein. Um die Bedürfnisse der Bürger*innen befriedigen zu können, bedarf es auf kommunaler Ebene der Herstellung von Handlungsfähigkeit, also einer besseren Finanzausstattung der Kommunen. Weder sollen die Gebühren für Bürger*innen erhöht, noch die kommunalen Leistungen abgebaut werden. Statt Sparzwängen und Anbetung der „Schwarzen Null“ müssen Investitionen angegangen werden.

Demokratie: Wem gehört die Stadt?

Wir möchten, dass die Menschen ihr Lebensumfeld mitgestalten. Wir wollen, dass ihre Vorschläge ernst genommen

werden. Wir schlagen vor, die Möglichkeiten der direkten Demokratie, wie z.B. kommunale Bürgerhaushalte, weiter auszubauen. Wir fordern freien Zugang zu Bildung und Information (Einrichtungen wie z.B. Volkshochschulen, Büchereien, Internet). Eine Selbstverständlichkeit ist es für uns, dass wir antifaschistische Initiativen und demokratische Bürgerbewegungen unterstützen.

Soziale Gerechtigkeit

Wir unterstützen die Auseinandersetzungen für bessere Arbeitsbedingungen. Stromsperrungen bei Hartz IV-Betroffenen lehnen wir ab. Die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben für ALLE muss gewährleistet sein. Wir wollen den Personalmangel im öffentlichen Dienst beseitigen und sowohl Verwaltung als auch öffentliche Unternehmen zu vorbildlichen Arbeitgebern machen. Dafür müssen Leiharbeit und prekäre Beschäftigungen im öffentlichen Bereich abgeschafft und deutlich werden: Gute Arbeit ist möglich und nötig. Alle müssen von ihrer Arbeit leben können.



HILDESHEIM BRAUCHT ENDLICH EINE ANDERE VERKEHRSPOLITIK!

Desolate Radinfrastruktur, gefährliche Überschneidungen zwischen Auto- und Radwegen, unzureichende Konzepte für eine Verkehrswende. Dagegen setzt sich die DIE LINKE. im Stadtrat ein.

„Wir müssen Hildesheim da voranbringen. Auf der einen Seite steht das verheerende Urteil aus dem Fahrrad-Klima-Test für das Radverkehrsnetz in Hildesheim, und auf der anderen Seite spricht die Verwaltung bei der Automeile von einem Programm mit Marken und Pferdestärken. Hier läuft es aktuell in die falsche Richtung.“, meint das Ratsmitglied Maik Brückner.

„Wir möchten die Radinfrastruktur grundlegend sanieren, verbessern und neue Radwege schaffen. Am besten noch in der aktuellen Wahlperiode. Hildesheim als Großstadt hat lang genug auf ein modernes Radverkehrsnetz gewartet!“, so Fraktionsvorsitzender Orhan Kara.

„Die Linksfraktion bleibt dabei ihren Wahlversprechen treu. Was wir brauchen ist eine Zukunftsperspektive für innerstädtische Mobilität und die lässt sich nur erreichen durch kostenlosen ÖPNV und ein stark verbessertes Radverkehrsnetz.“, erinnert Maik Brückner.

Doch es gibt noch viel zu tun. Noch immer findet die Automeile in Hildesheim jährlich statt.

„Die Stadt Hildesheim bewirbt die hiesige Automeile unter anderem mit ´ein zweitägiges Programm rund um Autos, Marken und PS...´. Das ist absolut der falsche Ansatz, wenn wir eine Mobilitätswende in Hildesheim schaffen wollen. Da darf keine Rede mehr von Marken und Pferdestärken sein, sondern wir müssen echte Mobilitätsalternativen anbieten und bewerben!“, appelliert Orhan Kara.

UNSERE FORDERUNGEN KURZ ZUSAMMENGEFASST:

1. Verkehrsplanung wollen wir zur Mobilitäts- und Logistikplanung entwickeln. Das Ziel: Mobilität und Versorgung für alle – mit möglichst wenig Verkehr. Das ist der Kern der sozialökologischen Verkehrswende.
2. Der Umweltverbund (zu Fuß, per Rad, mit öffentlichem Nahverkehr) braucht Vorrang gegenüber dem motorisierten Individualverkehr (MIV). Das Fahrrad kann zu dem Verkehrsmittel werden, mit dem ein Großteil der Menschen die meisten ihrer Wege zurücklegen.
3. Wir wollen den öffentlichen Verkehrsraum zugunsten des Umweltverbundes neu aufteilen: Verkehrsberuhigung, ein Netz aus komfortablen, breiten und sicheren Radwegen, Busspuren, gute Fahrradabstellanlagen, Fahrradstationen und Leihradsysteme – auch für Lastenräder.
4. Hildesheim braucht eine*n kompetente*n »Radverkehrsbeauftragte*n«.
5. Hildesheim muss sich auf den Weg machen in Richtung gut ausgebauten ticketfreien Busverkehr.



SOZIALE OFFENSIVE FÜR BEZAHLBARES WOHNEN!

In vielen Städten explodieren die Mieten. Wer kein überdurchschnittliches Einkommen hat, zieht oft den Kürzeren. Der DAX-Konzern Vonovia ist mit mehr als 350.000 Wohnungen der Mietpreistreiber Nummer eins auf dem deutschen Wohnungsmarkt. So ist der Konzern u.a. in Drispensstedt Eigentümer von Häuserreihen, in denen die Menschen konfrontiert wurden mit völlig unverhältnismäßigen Mietpreiserhöhungen. So ist Vonovia ein klarer Treiber von verschuldensunabhängiger Wohnungslosigkeit, weil Vonovia die Konzerngewinne wichtiger sind als bezahlbares Wohnen. Aber Schuld an mangelndem Wohnraum in Hildesheim sind nicht nur einzelne Konzerne, sondern auch die verfehlte Politik der letzten Jahrzehnte. Wir finden: Wohnen ist Menschenrecht und sollte für alle bezahlbar sein. Die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum wird auch in Hildesheim ein immer größeres Problem. Die angekündigten Miet-

erhöhungen der Vonovia zeigen deutlich, dass städtisches Eigentum nicht weiter privatisiert werden darf. Die jüngsten Untersuchungen des Wohnraumversorgungskonzepts (Stand: Mai 2019) welches der Fraktion vorliegt sind absolut alarmierend. Die Anzahl geförderter Mietwohnungen sank von 1753 im Jahr 2003 auf 896 im Jahr 2017. Im Jahr 2035 werden es nur noch 455 geförderte Wohnungen sein. In dem Wohnraumversorgungskonzept wird ebenso festgestellt, dass die Bürger*innen in unserer Stadt einen erhöhten Bedarf an bezahlbarem, günstigem Wohnraum haben, als auch, dass der Bestand an Sozialwohnungen massiv gesunken ist und in den nächsten Jahren auf extreme Niedrig-Werte weiter fallen wird. Wir setzen uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln dafür ein, dass dieser immer schlimmer werdende Zustand umgekehrt wird. Die bisherigen Handlungen von Politik und Verwaltung widersprechen zutiefst

den Realitäten unserer Wohnsituation. Anstatt kleine und mittlere Wohneinheiten bauen zu lassen, werden im oberen Preissegment Einfamilienhäuser und kleine Villen gebaut. Anstatt sozialen Wohnungsbau deutlich voranzubringen, sprießen in der Innenstadt neue Hotels und Parkhäuser aus dem Boden. Anstatt den enorm wichtigen Immobilienbestand der gbg, des BWV und der kwg (alle in öffentlicher Hand) weiter zu stärken und zu erhöhen, besteht die Mehrheit des Stadtrates weiterhin auf die Ausweisung neuer Bauflächen für Einfamilienhäuser. Unter anderem auch die steigende Zahl an Studierenden wird Hildesheim vor Herausforderungen stellen. Der Knappheit an qualitativ hochwertigem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum ist dabei jetzt schon gegeben. Während viele Menschen in der Angst leben, aufgrund von Mietsteigerungen und Kündigungen ihre Wohnungen zu

verlieren oder keine geeignete Wohnung zu finden, steigt die Rendite für Wenige. Immer mehr Einkommen geht für die Miete drauf. Lohnsteigerungen werden aufgefressen. Vielerorts ist Wohnen zum Armutsrisiko geworden. Die Wohnungslosigkeit wächst. Oft müssen soziale Träger Menschen mit Betreuungsbedarf abweisen. Diskriminierung und teilweise offener Rassismus erschweren die Wohnungssuche. Unterdessen verliert der Wohnungsmarkt Woche für Woche durch Mieterhöhungen, Wohnungswechsel, Modernisierungen und Kündigungen bundesweit tausende bezahlbare Wohnungen. Mindestens 500-600 bezahlbare neue Wohnungen fehlen für die Stadt Hildesheim.

UNSERE FORDERUNGEN KURZ ZUSAMMENGEFASST:

1. Wir wollen mehr Wohnungen in öffentlicher Hand. Ob durch Neubau oder Bestand, der in öffentliches Eigentum zurück überführt wird. Dazu gehört auch ein Verbot von Grundstücksverkäufen an privatwirtschaftliche Investoren.

2. Neustart für den sozialen Wohnungsbau: In Hildesheim wird der soziale Wohnungsbau seit vielen Jahren komplett vernachlässigt. Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau: Diese Wohnungen gehören in öffentliche oder genossenschaftliche Hand, damit die Gewinnmaximierung ausgeschlossen wird.

3. Zweckentfremdung von Wohnraum in Hildesheim verhindern: Um sofort eine Linderung des angespannten Wohnungsmarktes zu erreichen ist es zwingend nötig, dass Wohnungen nur noch als solche genutzt werden. Ein Verbot muss erreicht werden, welches den Immobilieneigentümer*innen verbietet, ihren Wohnraum ganzjährig als Ferienhäuser und Wohnungen zu vermieten oder gar über Jahre leer stehen zu lassen. Ein Ende der Gewinnorientierung bei Wohnraum muss erreicht werden! Der rechtliche Grundstein ist bereits auf Landesebene erzielt worden, jetzt ist es an der Zeit die neuen Instrumente kommunal einzusetzen.

HILDESHEIM IST SICHERER HAFEN!

Das Elend im Mittelmeerraum nimmt kein Ende. Menschen, die auf hoher See um ihr Leben kämpfen und darauf hoffen, dass sie eine menschenwürdige Behandlung erhalten. Dabei verlieren viele Fliehende ihr Leben. Gleichzeitig werden Menschen, die alles aufs Spiel setzen um diese Menschen zu retten kriminalisiert. Wir finden: Wer Menschenleben rettet, gehört nicht ins Gefängnis! Der Grundstein für städtische Solidarität wurde bereits im Rat Hildesheim gesetzt. Zwei Resolutionen erhielten die Mehrheit im Stadtrat, natürlich mit der klaren Unterstützung unserer Fraktion. Zuletzt hatten sich in Niedersachsen dutzende Kommunen zu "sicheren Häfen" oder "solidarischen Städten" erklärt und damit ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Flüchtlingsaufnahme bekundet. Auch die Stadt Hildesheim zählt, dank der Resolutionen, als „sicherer Hafen“. Wir fordern die Verwaltung eindringlich auf, aktive Politik im Rahmen eines sicheren Hafens zu praktizieren!

Dafür setzt sich DIE LINKE. im Stadtrat Hildesheim weiterhin mit Hochdruck ein. Hoch die internationale Solidarität!



LINKS WIRKT: HILDESHEIM IST »MAYORS FOR PEACE STADT«

Der erste Antrag, den wir in der aktuellen Wahlperiode als Fraktion im Hildesheimer Rathaus durchsetzen konnten, sollte auch genau dies verdeutlichen: Mit der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Hildesheim ist eine echte Friedensfraktion in das Rathaus eingezogen.

Dank unserer Federführung, unserem Engagement und dem entsprechenden Antrag ist die Stadt durch Ratsbeschluss vom 25. September 2017 in das internationale Städtebündnis Mayors for Peace (Bürgermeister*innen für den Frieden) beigetreten!

An dieser Stelle möchten wir auch ein riesen großes Lob an die Kreisfraktion der LINKEN. im Kreistag Hildesheim

aussprechen. Durch die Arbeit beider Fraktionen haben wir es geschafft, dass die Stadt- & der Kreis Hildesheim zu Mayors for Peace gehören.

Das über 7000 Städte starke Bündnis (500 Kommunen allein in Deutschland), setzt sich vehement für die Ächtung von Atombomben ein. Gegründet wurde die Friedensorganisation von den Bürgermeistern der japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki, welche bekanntlich die ersten Opfer dieser unglaublich schrecklichen Bomben waren und hoffentlich die letzten bleiben.

Der Zeitpunkt des Beitritts Hildesheims hätte nicht besser gewählt sein können: Erst kurz zuvor am 07. Juli 2017 haben 122 Staaten bei den Vereinten Nationen

in New York einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen verabschiedet, so wie es schon bei Chemie- und Biowaffen der Fall ist. Nach Jahrzehnten stockender Abrüstung senden sie eine klare Botschaft an die Atomwaffenstaaten: die internationale Staatengemeinschaft akzeptiert den bisherigen Sonderstatus der Atommächte nicht länger. Das völkerrechtlich verbindliche Abkommen verbietet neben der Herstellung, dem Einsatz und Besitz auch die Drohung mit einem Nuklearschlag sowie die Stationierung von Atomwaffen in anderen Staaten.

Kritisch wird in Deutschland hierbei die sogenannte „Nukleare Teilhabe-Politik“ der Bundesregierung gesehen. Diese Doktrin sieht es vor, dass in Deutschland ca. 20 einsatzbereite Atomwaffen gelagert werden. Und obwohl die absolute Mehrheitsmeinung der Bevölkerung gegen jegliche Form der Stationierung von Atombomben im eigenen Land ist, geschweige denn den Einsatz solcher, so unterstützt die Bundesregierung glasklar eine Politik der Angst und Abschreckung.

Wir halten es für außerordentlich bedenklich und desaströs die Annahme zu verfolgen, mehr Angst und Abschreckung würden den Frieden in der Welt fördern. Viel eher ist, dass durch solche Art der (Angst-) Politik auch andere Staaten nachziehen. Diese bedenkliche Spirale steigert sich immer mehr.

„Hildesheim will Kulturhauptstadt werden. Doch ohne Frieden keine Kultur. Gerade deswegen ist es wichtig Zeichen zu setzen und unser Verständnis von Kultur zu erweitern. Von Hildesheim soll eine Kultur des Friedens ausgehen.“

Der Antrag und die Ausführungen von Maik Brückner wussten Fraktionsübergreifend zu überzeugen und dem Antrag wurde zugestimmt. Dazu appellierte Brückner weiter, dass das Bewusstsein für das Thema atomare Bedrohung durch Öffentlichkeitsarbeit weiter geschärft werden müsse.

„Wir sind glücklich darüber, dass Hildesheim seinen Teil dazu beitragen kann gemeinsam mit vielen anderen Städten der Region Frieden zu fördern und Atombomben zu ächten.“

Aktuell arbeitet die Linksfraktion daran, die städtischen Tätigkeiten rund um die Mitgliedschaft weiter auszubauen.

LINKSFRAKTION SETZT GLYPHOSAT-VERZICHT DURCH!

Das Thema Glyphosat hat medial breite Wellen geschlagen und das auch zurecht. Der hoch toxische Wirkstoff tötet alles ab was den Landwirten zuwider ist. Was viele nicht wissen: Bei der innerstädtischen Grünanlagenpflege, beim Bespritzen von Straßenrändern, etc. wird dieses Herbizid auch verwendet.

„Um effektiver Pflanzen und Beikräuter abzutöten und hierfür in Kauf zu nehmen, dass die essentiellen Nahrungsgrundlagen von vielen Insekten und damit auch diversen Vogelarten entzogen wird, darf dieses Gift nicht eingesetzt werden!“, appelliert der Fraktionsvorsitzender Orhan Kara.

Das Gift – welches von der WHO als wahrscheinlich krebserregend eingestuft wird – gelangt dabei aber auch zunehmend in den menschlichen Körper. So hat eine Studie aus der Universität Leipzig hervorgebracht, dass bei 70% der Bevölkerung Glyphosat im Urin nachgewiesen werden kann.

Der durchgesetzte Antrag sieht es vor, dass auf öffentlichen Grundstücken und Anlagen kein Glyphosat eingesetzt werden darf. Zusätzlich dazu wird in Miet- und Pachtverträgen gegenüber Dritten ein Glyphosat-Verbot in die Verträge eingefügt. Neben der Fraktion DIE LINKE. – die den Antrag eingereicht hat – haben die Fraktionen der SPD,

Bündnis 90/Die Grünen, FDP und die Unabhängigen den Antrag unterstützt. Darüber hinaus ist es notwendig, dass auch der private Gebrauch von glyphosathaltigen Herbiziden zusätzlich unterbunden werden muss. Hier gibt es noch weiteren Handlungsbedarf.

Das Ratsmitglied Maik Brückner schaut zuversichtlich in die Zukunft: „Wir sind sehr glücklich darüber, dass unter unserer Federführung ein breites Bündnis von Fraktionen diesen Antrag unterstützt hat. Andere Kommunen sollten dem Hildesheimer Beispiel folgen und zumindest den innerstädtischen Einsatz unterbinden.“



AMIRA MOHAMED ALI IN HILDESHEIM

Bevor die Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Hildesheim ihren Antrag eingereicht hat, haben wir eine öffentliche Veranstaltung zum Thema organisiert. Amira Mohammed Ali MdB hielt gemeinsam mit Maik Brückner und Orhan Kara einen Vortrag über das umstrittene Herbizid und stellte sich den mitunter kritischen Fragen.

Das umstrittene Pflanzengift Glyphosat wird überwiegend in der Landwirtschaft eingesetzt. Es gelangt in unsere Nahrung und es gibt Studien, die eine krebserregende Wirkung bei Menschen und Tieren nachweisen. Darüber hinaus

ist erwiesen, dass Glyphosat der Artenvielfalt schadet. Trotzdem wurde es auf Vorschlag der EU Kommission für weitere 5 Jahre zugelassen. Begründung: Die Studien seien nicht repräsentativ. Gegen-Studien der Glyphosat-Hersteller wurden bisher nicht veröffentlicht. In der spannenden Diskussion haben wir klargemacht:

DIE LINKE will Glyphosat schnellstmöglich verbieten. Hierfür haben wir unter anderem den Antrag vorbereitet, eingereicht und durch Mehrheit im Rat der Stadt Hildesheim wurde unser Antrag beschlossen. Und dennoch: Für uns ist

ein Verbot erst auf EU-Ebene richtig wirksam. Dafür muss sich die Bundesregierung im Rat der Europäischen Union einsetzen.

Die Landwirte müssen bei der Umstellung auf mechanische Verfahren der Bodenbearbeitung unterstützt werden. Agrarsubventionen dürfen nicht ausschließlich industriellen Großbetrieben zukommen. Es müssen ökologische und wirtschaftliche Alternativen erforscht und gefördert werden, sonst wird Glyphosat nur gegen ein weiteres Ackergift ersetzt.

Besonders wichtig ist aber: Die Menschen müssen sich hochwertige Lebensmittel auch leisten können! Schluss mit der Zwei-Klassen-Ernährung! Wir brauchen einen höheren Mindestlohn, insgesamt müssen die Löhne im niedrigen und mittleren Einkommensbereich steigen und steuerlich entlastet werden, wir brauchen höhere Renten und natürlich: Weg mit Hartz IV, her mit der sanktionsfreien Mindestsicherung von 1050€.

All das ist möglich in unserem reichen Land!

LINKE AKTIV IM STADTRAT:

Stand September 2019

- **20 ANFRAGEN AN DIE VERWALTUNG**
- **9 ANTRÄGE FEDERFÜHREND**
- **AN 28 ANTRÄGEN BETEILIGT**

DIE LINKE.

Fraktion im Stadtrat Hildesheim

Orhan Kara

Ratsmitglied, Schwerpunkte: Finanzen / Recht / Stadtentwicklung
orhan@linksfraktion-hi.de

Maik Brückner

Ratsmitglied, Schwerpunkte: Soziales / Bildung / Kultur
maik@linksfraktion-hi.de

Azad Botan Deniz

Fraktionsgeschäftsführer
azad@linksfraktion-hi.de

www.stadt.linksfraktion-hi.de
stadt@linksfraktion-hi.de

Fraktionsbüro:
Rosenhagen 20
31134 Hildesheim

V.i.S.d.P. Orhan Kara, Rosenhagen 20, 31134 Hildesheim